



Teilsieg für die Westast-Gegner

BIEL Die Freude bei den Westast-Gegnern ist gross: Der Kanton muss den Vorschlag «Westast – so besser!» genauer unter die Lupe nehmen.

Intransparent sei die Antwort des Kantons Bern auf den Vorstoss «Faktencheck für den Vorschlag «Westast – so besser!», stellenweise geradezu respektlos. Das sagten gestern in Bern verschiedene Grossrätinnen und Grossräte – und zwar unterschiedlichster politischer Couleur. Mit nur einer Gegenstimme hat der Rat gestern nach langer Debatte entschieden, dass der Alternativvorschlag einem ausführlichen Faktencheck unterzogen werden muss.

Nur einer hätte es sich anders gewünscht: Erich Hess (SVP) stimmte dagegen. Anderer Meinung waren alle anderen im Saal: Mit der «oberflächlichen Antwort des Regierungsrats» auf die verlangte Faktenprüfung gaben sie sich nicht zufrieden.

Der Ärger wird grösser

Der Regierungsrat muss nochmals über die Bücher. Welche lokale verkehrliche Verlagerung brächte der Alternativvorschlag, der ohne die beiden Anschlüsse im Stadtgebiet auskommen will?

Wie viel kosten die Varianten? Wie schneiden sie punkto Umwelt, Städtebau, aber auch Lebensqualität während der Bauzeit ab? Der Grosse Rat fordert vom Regierungsrat mehr Zahlen und somit mehr Transparenz. «Die Antwort des Regierungsrats war ein Brandbeschleuniger», sagte Grossrat und Hauptmotionär Peter Moser (FDP) gestern, ein Befürworter des Westasts in Biel und Co-Präsident des Komitees Pro Westast.

Für Moser ist klar: Weil der Kanton keine Fakten geliefert hat, wächst der Ärger der Opposition gegen den Westast sogar noch an. Den Vertretern des Vorschlags «Westast – so besser» wirft er vor, es mit der Wahrheit nicht immer so genau zu nehmen.

«Die Opposition ist gross, und das muss man ernst nehmen.»

BDP-Grossrat Jakob Etter

«Einen mehrere Kilometer langen Tunnel ohne Lastwagenverkehr zu bauen, ist schlicht unmöglich.»

Neuhaus' Versprechen

Die Liste der Fraktionssprecher zu Mosers Vorstoss war lang. Bei einem Bauwerk, das wie der Westast 2,2 Milliarden Franken kosten soll, lohne sich eine genauere Prüfung, sagte BDP-Grossrat Jakob Etter. «Aber die Opposition ist gross, und das muss man ernst nehmen.» Enttäuscht zeigte sich im Namen der GLP Julien Stocker (Biel), weil in der Regierungsratsantwort kein einziger Vorteil des Gegenvorschlags erwähnt werde. Auch die FDP, die SVP, die Grünen, die EVP und die EDU wollten den Regierungsrat zwingen, klare Fakten auf den Tisch zu legen.

Der neue Baudirektor und Regierungspräsident Christoph Neuhaus (SVP) versprach, sich der Autobahnumfahrung im Sinne der Parlamentarier anzunehmen. Der Regierungsrat habe zwar den Motionsauftrag im Grossen und Ganzen erfüllt, sei aber zu wenig ins Detail gegangen. Neuhaus warnte jedoch davor, sich Illusionen zu machen: «Ein Bauprojekt ohne Dreck und Lärm gibt es nicht.» *Deborah Balmer/sl*